

Antrag für die Plenumsitzung des Bezirksausschusses Berg am Laim am 27.04.2021

Antrag: Bürger*innenbeirat zur Verkehrsentwicklung im Münchner Osten

Die Stadt München richtet einen Bürger*innenbeirat ein, bestehend aus einer repräsentativen Anzahl zufällig aus dem Melderegister ausgewählter Bürger*innen in Berg am Laim. Sollten im Stadtbezirk Trudering-Riem oder in den angrenzenden Gemeinden gleichlautende Anträge beschlossen werden, sollen die Beiräte und Bürger*innen-Gutachten zusammengefasst werden zu einem einzigen Projekt. Dieser Bürger*innenbeirat erhält den Auftrag, in einem geregelten Verfahren – orientiert an dem Modell der Planungszelle des Soziologieprofessors Peter Christian Diemel – ein Bürger*innengutachten zur weiteren Entwicklung der zentralen Verkehrsachsen im Münchner Osten (vor allem der B304), aber auch zur Zukunft des Öffentlichen Personenverkehrs (in Bezug auf Anbindung des Umlandes ans Stadtzentrum) und die zukünftige Gestaltung und Gewichtung aller anderen Verkehrsarten wie Radverkehr, Autoverkehr und Fußverkehr im Zeitraum eines Jahres ab Einsetzung zu erstellen. Im Anschluss daran soll der Bürger*innenbeirat bis zum Ende der kommunalen Legislaturperiode im Jahr 2026 die Umsetzung des Gutachtens begleiten und abschließend einen weiteren Bericht über den Fortgang erstellen.

Folgende Punkte sollten unter anderem in der Arbeit des Bürger*innenbeirats eine zentrale Bedeutung haben:

- Wahrnehmung der Verkehrssituation durch die Bürger*innen
- Wunschvorstellungen und Kriterien der Bürger*innen für eine dauerhaft zufriedenstellende Verkehrssituation
- Themenkomplexe wie „Accessibility“ und „Connectivity“, gewünschter „Modal Split“, Reisezeiten, Klimaneutralität, Kosten für Mobilität, zukünftige Verkehrsinfrastruktur

Begründung des Antrags:

Die Zukunft des Verkehrs und der Mobilität ist sowohl für eine weitere Entwicklung der Infrastruktur im Münchner Osten als auch für die Fortbewegungsmöglichkeiten der Bürger*innen und die Bewältigung der Klimakrise eine zentrale Frage, die keinesfalls über den Kopf der von entsprechenden Maßnahmen und Gestaltungsoptionen betroffenen Bürger*innen hinweg entschieden werden kann. Das Verfahren der Planungszelle beziehungsweise der Erstellung eines Bürger*innengutachtens durch einen Bürger*innenbeirat (<https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/planungszelle/>), hat sich als besonders geeignet erwiesen, um komplexe Sachverhalte tiefgründig, politisch neutral, partizipativ und nachhaltig den Vorstellungen der Bürger*innen entsprechend langfristig zu gestalten. Dies trifft vor allem auf ambivalente Sachverhalte zu, die nicht mit einer momentanen „Stimmungsanalyse“ ausreichend behandelt werden können, sondern eine längerfristig angelegte und sachlich fundierte Analyse erfordern. Die Zukunft der Mobilität im Münchner Osten gehört definitiv in diese Sachverhaltskategorie, die nicht durch eine einmalige Befragung der Bürger*innen, oder zumindest nicht in diesem frühen Stadium der politischen Gestaltung der Zukunft, zufriedenstellend gelöst werden können. Daher schlagen wir ein alternatives Konzept der demokratischen Partizipation vor, das nicht nur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bereits mehrfach erfolgreich durchgeführt wurde, sondern seit Januar 2021 auch in München zum Thema „Gestaltung der Paketposthalle“ erfolgreich initiiert wurde und breite politische Unterstützung erhält.



Antragssteller:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bezirksausschuss Berg am Laim



Antragssteller:

Julian Zieglermaier, Die Linke im
Bezirksausschuss Berg am Laim